

5.2.15

AfD: SPD fischt bei Windkraft in fremden Gewässern

GRÜNDAU (red). „Mit Erstaunen las ich in der letzten Woche den Artikel der SPD-Gründau über Windenergieanlagen im Main-Kinzig-Kreis. Mein erster Gedanke war: ‚Hier fischt die SPD in fremden Gewässern‘“, reagiert Ulrich Langenbach, Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Main-Kinzig-Kreis der Alternative für Deutschland, in einer Pressemitteilung auf die Aussagen der SPD. Die SPD in Hessen, insbesondere ihr Vertreter im Landtag aus dem Kreis, Heinz Lotz, vertrete eine großflächige „Verspargelung“ im Kreis. Sein Ziel und das der SPD sei der exzessive Ausbau von Windenergieanlagen. Wortwörtlich, so zitiert Langenbach den Landtagsabgeordneten, gebe er bekannt: „Ja, es wurden 4,6 Prozent der Fläche des Main-Kinzig-Kreises für Windenergie ausgewiesen. Wir können uns jedoch nicht den Kreis wie eine Insel vorstellen, sondern müssen hessenweit denken. Windkraft sollte nur dort stehen, wo genug Wind und wo genügend Abstand zu Siedlungen ist. Wir haben bei uns mehr dieser Flächen und anderswo gibt es davon weniger.“

Ein Ergebnis des hessischen Energiegipfels aus 2014 sei, so Langenbach weiter, der Mindestabstand von Windkraftanlagen von 1000 Metern zu Wohngebieten. Das widerspreche den Studien, dass ein Mindestabstand für Windenergieanlagen vom zehnfachen der Höhe (200 Meter) zu jeglicher Wohnbebauung eingehalten werden solle, ohne dass Menschen dauerhafte Schäden davontrügen. „Sollte allerdings der geforderte Abstand von 2000 Metern eingeführt werden, ist die vom Energiegipfel versierte Energiewende schlichtweg nicht mehr möglich, da dann unter anderem keine zwei Prozent Fläche an geeigneten Stellen mehr vorhanden ist! Auf die Aussage ‚Eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist die Akzeptanz in der Bevölkerung‘ antwortet Heinz Lotz wie folgt: ‚Akzeptanz für ein Thema schafft man als Politiker am ehesten, wenn man positiv dafür wirbt.‘“

Nun rudere die SPD-Gründau zurück, indem sie plötzlich vor den anstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr einen unkontrollierten Ausbau von Windenergieanlagen vermeiden wolle, um hier wortwörtlich „Zeit zu gewinnen“. „Zeit?! Wofür?“ fragt sich Langenbach. Bis die Kommunalwahlen um seien und das Regierungspräsidium Darmstadt erst Mitte (!) 2016, also nach den Kommunalwahlen entscheide, dass noch weitere Windenergieanlagen für Gründau eingeplant werden? Hier werde mit den Ängsten und Sorgen der Bürger seitens der SPD gespielt. Fakt sei, dass Gründau mit dem „Windpark“ an den Vier Fichten das Soll in Bezug auf erneuerbare Energien bei Weitem erfüllt habe.

Die SPD-Gründau betreibe schon jetzt ihre opportunistische Politik, die die Gunst der Gründauer Bevölkerung zu gewinnen suche. Die AfD Hessen und allen voran die AfD Main-Kinzig stehe für keinen weiteren Ausbau der Windenergieanlagen im Kreis und in Gründau. „Beim Landesparteitag der AfD in Hessen im November letzten Jahres wurde dazu eine klare und eindeutige Resolution beschlossen. Als einzige politische Kraft im Kreis, die zu der Politik der übrigen Parteien in Sachen Windkraft eine Alternative anbietet, wird die AfD des Main-Kinzig-Kreises dieses Thema zu einem zentralen Punkt im kommenden Kommunalwahlkampf machen“, verspricht Langenbach.